

## **Initiativantrag**

### **der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Beteiligungsfonds zur Standortsicherung von Leitbetrieben**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, einen Beteiligungsfonds des Landes Oberösterreich zu errichten, der mit geeigneten Instrumenten zur Stärkung und Standortsicherung von wirtschaftlichen Leitbetrieben in Oberösterreich beitragen soll.

## **Begründung**

Oberösterreich verfügt mit 29,1 Prozent über einen sehr hohen Anteil an industrieller Wertschöpfung am Bruttoregionalprodukt. Diese industrielle Stärke basiert zu einem großen Teil auf den gut ausgebildeten und hoch motivierten ArbeitnehmerInnen in unserem Land. Es zählt zu den Kernaufgaben der wirtschaftspolitisch verantwortlichen Kräfte, die Rahmenbedingungen für nachhaltig orientierte Unternehmen positiv zu gestalten und stets weiter zu verbessern. Auf diesem Weg soll die internationale Konkurrenzfähigkeit Oberösterreichs bei gleichzeitigem Aufrechterhalten der wertvollen sozialen und gesellschaftlichen Standards ermöglicht werden. Eine konkrete Maßnahme dazu hat der Oö. Landtag zuletzt mit dem Initiativantrag 1088/2014 für eine starke und umweltfreundliche Industrie in Europa beschlossen. Auch öffentliche Unterstützungen im Krisenfall, wie zum Beispiel Kurzarbeit oder öffentliche Haftungen im Zuge der großen Finanzkrise, sind wertvolle Hilfsinstrumente zur Standortsicherung der Industriearbeitsplätze. Ein weiteres wertvolles strategisches Instrument sind öffentliche Beteiligungen an Leitbetrieben, um die Bindung zum Land Oberösterreich und zu seiner Bevölkerung zu verstärken.

Im Zeitalter der völlig globalisierten Wirtschaft reicht es nämlich nicht mehr aus, gut zu sein. Beim Wettkampf um den höchsten Profit droht selbst der Gute dem noch Billigeren zu unterliegen. Das ist für Oberösterreich vor allem dann problematisch, wenn unser Lohnniveau und unser Sozialsystem einseitig mit Elementen aus weniger entwickelten Ländern verglichen wird, ohne dass die positiven Effekte der hohen österreichischen Standards gerecht bewertet werden.

Zu den Beispielen von wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen, die ohne zwingenden Grund Oberösterreich verlassen haben, zählt nicht nur Austria Tabak. Auch Carrera Optyl hat nach dem Eigentümerwechsel nach Ablauf der 7-jährigen Standortgarantie Oberösterreich den Rücken gekehrt. Darüber hinaus hat Oberösterreich in den vergangenen Jahren eine Reihe von Konzernzentralen verloren: Die Zentrale von MCE ist nach dem Verkauf an Bilfinger Berger nach Deutschland gewandert. Auch bei Ebewe, Eternit, CWT und FACC fallen nach einem Eigentümerwechsel die strategischen Entscheidungen nicht mehr in Oberösterreich. Bei der ehemals verstaatlichten AMAG führt der Verkauf der Muttergesellschaft zu einer Abwanderung der Konzernzentrale von Wien nach Deutschland bzw. in die USA. Hochproblematisch werden diese Wanderungen der Zentralen dann, wenn es zu Personaleinsparungen in oberösterreichischen Betrieben oder gar zur Abwanderung der Produktion kommt. Gerade die aktuellen Vorgänge rund um die Siemens-VAI und den Verkauf von Unternehmensanteilen an den japanischen Konzern Mitsubishi sorgen für Unsicherheit bei den MitarbeiterInnen des großen Anlagenbauers.

Vor diesem Hintergrund soll das Land Oberösterreich einen entsprechend dotierten Beteiligungsfonds errichten, um die Möglichkeit zu haben, zentrale Leitbetriebe strategisch an Oberösterreich zu binden und in Krisensituationen gegen Ausverkauf und Zerschlagung zu schützen. Der Fokus kann dabei nur auf Unternehmen liegen, die eine positive unternehmerische Perspektive in Oberösterreich haben. Auf diese soll mit geeigneten Mitteln eingewirkt werden, um kurzfristige Entscheidungen gegen den Verbleib in Oberösterreich zu verhindern. Wie diese Mittel im Einzelfall aussehen, muss von Fall zu Fall beurteilt werden, weil jedes Unternehmen anders ist und ein maßgeschneidertes Handeln des Beteiligungsfonds erfordert. Eine öffentliche Einmischung in die Betriebsführung ist jedenfalls ausdrücklich nicht vorgesehen. Internationale Beispiele für Industriebeteiligungen der öffentlichen Hand gibt es etwa in Deutschland: So hält etwa das Land Niedersachsen über die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft 26,5 Prozent an der Salzgitter AG und 20 Prozent an der Volkswagen AG. Auch unser Nachbarland Bayern hält mit 26 Prozent am Unternehmen Luitpoldhütte strategische Anteile.

Linz, am 13. Mai 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Schaller, Weichsler-Hauer, Makor, Röper-Kelmayr, Eidenberger, Affenzeller, Peutlberger-Naderer, Promberger, Bauer, Müllner, Rippl, Pilsner, Krenn**